

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
und 2506-2507

Freitag, den 6. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeigenteil
Abteilung: D o n h o f f 2506 - 2507

Techows Onkel über die Tat.

4. Verhandlungstag.

BS. Leipzig, 6. Oktober.

Die heutige Verhandlung wurde mit der Vernehmung des Onkels der beiden Techows, des Industriellen Erwin Behrens auf Gut Wieggen bei Frankfurt a. O. eingeleitet. Vorl.: Als Onkel der beiden Angeklagten Gebrüder Techow sind Sie berechtigt, Ihr Zeugnis zu verweigern. Zeuge: Das ist mir bekannt, aber ich beabsichtige nicht davon Gebrauch zu machen. Die Behauptung, daß die Techows heute in bürgerlichen Verhältnissen lebten und sich deshalb beschämte, bezeichnete der Zeuge als unrichtig. Die Familie Techow lebe in gut bürgerlichen Verhältnissen. Ernst Werner, der einen Teil des Krieges als Freiwilliger mitgemacht habe und dann als Kadett zur Marine gegangen sei, habe nachher verschiedenen Freikorps angehört und die Niederwerfung der Ruffläche in München, Berlin und Bremen mitgemacht. In dieser Zeit habe er stark unter dem Einfluß der Freikorpsführer gestanden, es habe sich bei ihm ein harter Unterordnungsgedanke und eine Autoritätsanerkennung gezeigt. Seine Führer habe er bewundert, und besonders Eberhard habe auf ihn den stärksten Eindruck gemacht. Bei seinem ausgeprägten patriotischen Gefühl habe Ernst Werner immer nur die Idee gehabt, daß man Deutschland vor dem russischen Chaos bewahren müsse. Nach der Auflösung der Freikorps habe er das Maschinenbaufach studiert und mit großem Fleiß erlernt, daß er sich bereits nach vier Semestern zum Berameramen melden konnte. Selber sei er auf Grund ministerieller Verfügung wieder zurückgestellt worden, weil er sich zwei Jahre zu früh gemeldet habe. Infolgedessen habe er nun viel freie Zeit gehabt und sei

ins Dummeln geraten.

In dieser Zeit, so erklärte der Zeuge, habe sich dann der unangenehme Einfluß des ebenfalls hier angeklagten Studenten Günther auf Ernst Werner und Hans Gerd Techow bemerkbar gemacht. Günther hat sich besonders auf den jüngsten Techow gestützt und den Willen des ältesten Techow, sich doch von dem arbeitslosen und verbummelten Günther zu trennen, selbst in die beiden jüngeren keine Folge. Ernst Werner ist frohlos ein offener und ehrlicher Kerl, der eine Unmenge Freunde hatte, und den meine Frau und ich sehr lieb gewonnen hatten. Da wir keine Kinder haben, sollte er der Erde einer meiner Unternehmungen werden. Es ist unfahbar, wie er mit seinem weichen Gemüt sich an einer so unerbörlchen Sache, wie den Rathenau-Mord, beteiligen konnte. In politischen Fragen hat er sich nie an mich gewandt. Politisch war er, glaube ich, ein unbedingtes Mitglied. Nur einmal, als Rathenau zum ersten Male Minister wurde, sagte er mir:

„Onkel, jetzt werden auch schon die Juden Minister“.

Ich erklärte ihm, daß Rathenau, zu dem ich wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen hatte, ein bedeutender Mann sei und daß er als Wiederaufbauminister es verstehen würde, gegenüber den erschwerenden Forderungen der Entente etwas für Deutschland herauszuholen. Zur Zeit des Rathenau-Mordes war ich mit meiner Frau in Berlin, und ich war sofort erschüttert über diese entsetzliche Tat. Einige Tage später fuhr ich wieder nach Hause und wurde erkrankt, auf dem Bahnhof Jockobsdorf meinen Neffen Ernst Werner Techow zu treffen, der mich allerdings öfters unangemeldet besuchte. Beim Abendbrot sprach ich mit ihm über die entsetzliche Tat, und da sagte er: „Onkel, das kann man doch auch verschieden beurteilen.“ Ich antwortete: „Kann mir doch nicht wieder mit deinem Bilde sinn. Jeder anständig denkende Mensch muß wünschen,

daß die Täter genau so zerschossen werden,

wie dies Rathenau leider heute ist.“ Und da fiel es mir auf, daß mein Neffe über meine Antwort sehr verstimmt schien, er änderte seine Haltung und sprach fort den ganzen Abend nicht mehr. Beim Schlafengehen sagte ich noch zu meiner Frau: „Ich werde den Gedanken nicht los, daß Ernst Werner an der Tat beteiligt ist.“ Am anderen Morgen um 1/2 9 Uhr kam dann die Zeitung, und zu meinem Entsetzen fand ich die Namen der beiden Techows als Mittäter bezeichnet. Dann ging ich mit der Zeitung zum Gutshaus, wo mein Neffe noch schlief. Ich überlegte, was zu tun sei, nahm meinen Revolver, mit der Absicht, ihn meinem Neffen zu geben; mit den Worten:

„Geh' in den Wald und schieß Dich tot.“

In einer Stunde sah ich Dich abholen, damit diese Schande von unserer Familie abgewaschen wird.“ Meine Herren, mein Vater war ein intimer Freund des alten Rathenau, ich selbst war mit Rathenau befreundet und ich habe es als furchtbar empfunden, daß einer meiner Neffen an den Mord beteiligt war. Ich ging dann in das Schlafzimmer hinein und zeigte Ernst Werner die Zeitung. Er wurde freudlos, sagte erst gar nichts und stammelte dann:

„Onkel, glaube mir, ich bin kein Mörder. Ich habe den Wagen gefahren, aber ich habe es nicht gewußt, daß Rathenaus Auto vor mir war.“

Ich fuhr ihn an: „Schwindle doch nicht so, wer soll Dir denn das glauben? Sogar mir lieber, wer Dich zu dieser furchtbaren Tat angestiftet hat.“ Darauf gab er mir keine Antwort. Dann ließ ich ihn sofort aufstehen und nahm ihn mit mir noch einmal in meinem Arbeitszimmer vor. Ich verlangte von ihm, daß er mir diejenigen nenne, die ihn dazu angestiftet hätten, denn ich hielt ihn dieser Tat nicht für fähig. Mein Neffe erklärte: „Onkel, ich darf es Dir nicht sagen, ich bin gedankt, aber ich versichere Dir nochmals, ich mußte nicht, daß es Rathenaus Auto war. Das ganze Attentat war ja ein Wahnsinn. Unser Wagen war noch nicht richtig

repariert und wir hatten noch nicht einmal unsere Autonommer befristet. Ich habe das Auto aus Dresden geholt, in der Annahme, daß es zu einer Gefangenenbefreiung verwendet werden sollte.“ Ich war immer noch skeptisch, so erklärte der Zeuge, und durchsuchte seine Taschen, fand aber in seiner Brieftasche außer seinen Photographien und Mitteilungsarten der nationalen Verbände nur 800 bis 900 M. Als ich ihn fragte, ob seine Helfershelfer weder Geld noch Pässe zur Verfügung gestellt hätten, erklärte mein Neffe:

„Nein, sie haben mich allein stehen lassen.“

Das hat in mir die Ueberzeugung noch gerufen, daß mein Neffe wohl mußte, daß Rathenau ermordet werden sollte, daß er aber von den anderen wie ein Opferlamm in die Sache hineingeschleppt worden ist. Er hatte weder Geld noch Pässe und in seiner Dummheit kam er dann noch zu mir ins Gut, obgleich er sich fügen mußte, daß die Kriminalpolizei, die seinen Namen schon kannte, bei mir, als seinem nächsten Verwandten, sofort nachforschen würde. Später hat mir die Kriminalpolizei auch bestätigt, daß eine Durchsuchung meines Gutes geplant war. Ich sperrte meinen Neffen nun ein. Den Revolver gab ich ihm nicht, weil ich nicht zu seinem Mörder werden wollte. Noch schweren Kämpfen beschloß ich dann

die Kriminalpolizei zu benachrichtigen.

Ich glaubte nicht, daß Ernst Werner bewußt zum Mittäter geworden ist, aber ich wollte jeden Verdacht von meinem Hause abwägen. Schließlich war der Junge schon vor meiner Ankunft einen ganzen Tag auf dem Gut gewesen, hatte mit meinen Beamten, die ihn kannten, gesprochen und in kurzer Zeit hätte das ganze Personal doch gewußt, daß einer der Mörder auf meinem Gut war. Außerdem lebe ich in einer Industriegegend und ich bin überzeugt, hätte ich meinen Neffen nicht verhaften lassen, so wäre er genau so zertreten und massakriert worden, wie es im Rapp-Fußsch den Offizieren in Schneberg ergangen ist. Ich benachrichtigte die Polizei, die ihn dann in Empfang nahm. In ihrer Gegenwart fragte ich meinen Neffen nochmals nach seinen Helfershelfern, er gab mir aber keine Antwort. Er gab mir auf Wunsch des Kriminalkommissars Fuch an, wo sie die Maschinenstücke weggeschmuggelt hätten. Aus dem Gefängnis hat mir Ernst Werner einen Brief geschrieben, in dem er mich um Verzeihung bat, daß er über mich lachete an seine Mutter geschrieben habe. Er erkenne an, daß ich nicht anders handeln konnte und dankte mir. Herr Präsident, ich bitte mich zu erlauben, hier öffentlich noch eine Feststellung zu machen. Ich habe später eine Menge anonyme Schmäh- und Drohbrieve erhalten, sie waren alle unterzeichnet: „Eine echte deutsche

Frau“ oder „Ein braver Deutschnationaler“. Diese Briefe haben mich nicht tangiert. Aber ich muß hier öffentlich feststellen, daß eine große Menge von Leuten in Deutschland moralisch verkorrt ist, daß sie den Mut finden, mir derartige Briefe zu schreiben.“ Oberreichsanwalt: Welchen Eindruck haben Sie aus den Erzählungen Ihres Neffen gehabt? Glauben Sie, daß er der Ansicht war, er sollte bei der Gefangenenbefreiung im Rheinland mitwirken, oder glaubte er, daß er lediglich den Kraftwagen am Nordtore zu einer Probefahrt steuern sollte, daß er also nicht den Eindruck hatte, er fahre Kern und Fischer zu dem Attentat? Zeuge: Mein Neffe hat mir gesagt, daß Kern am Abend folgenden Auspruch zu ihm getan hat: „Unser Chauffeur hat uns im Stich gelassen. Sie müssen den Wagen zu der Tat steuern.“

(Bewegung im Saal.) R. A. Sad: Welchen Eindruck haben Sie von dem jüngeren Techow? Zeuge Behrens: Hans Gerd war dauernd krank und wurde deshalb von seiner Mutter lieber viel zu sehr verhätselt. Er war ein frohiger, ungenügender Bengel, und man nahm ihn in der Familie auch nicht für voll. Er hatte verkehrte Ideen, wie etwa, daß er ein führender Politiker Deutschlands werden wollte. Ich führe diese Verworfenheit auf das Attentat, das Günther in die Seiten der beiden Jungen gestreut hat. Vorl.: Wußten denn Ihre Neffen, daß Günther fahnenflüchtig gewesen ist? Zeuge: Sicherlich. Sie wußten auch, daß er ein total verbummelter Kerl ist. R. A. Dr. Sad: Ist Ihnen auch bekannt, daß Hans Gerd Techow sich über die moralischen Konsequenzen seiner Handlungsweise nicht richtig klar ist? Zeuge: Ich bin der Ansicht, daß der Junge anstatt der Bewunderung seiner Mutter tüchtige Prügel hätte bekommen müssen. R. A. Dr. Luegbrunne: Sie haben ausgelegt, daß Ernst Werner Techow von Kern am Abend vorher darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß er den Wagen zu dem Mord steuern sollte. Hat sich Ihr Neffe auch dahin geäußert, daß er Rathenau für einen Schädling hielt? Zeuge: Zu einem derartigen politischen Urteil ist der junge Mensch mir zu untreu. Dr. Luegbrunne: Können die Motive für die Handlungsweise des älteren Techow vielleicht darin zu suchen sein, daß er unter dem ungeheuren Einfluß von Kern stand? Zeuge:

Es ist so, wie es bei jungen Leuten zu sein pflegt, die sich dauernd in militärischen Klubs aufhalten.

Er hatte die verschrobene Ansicht, diese älteren Kameraden als jenseitige Vorgesetzten zu betrachten. Es ist bei ihm so wie früher bei einem jungen Fähnrich, der vor allem, das Epouletten trug, eine sklavische

Um die Stabilisierung der Währung.

Der Vizekanzler Genosse Bauer hat den Gewerkschaften gegenüber erklärt, daß ihre Vorschläge auf eine Stabilisierung der Währung noch in dieser Woche vom Reichskabinett erneut einer Nachprüfung unterzogen würden. Man kann also annehmen, daß die Reichsregierung nach dem katastrophalen Sturz der Mark sich jetzt schlußfösig darüber werden wird, ob grundlegende Maßnahmen zur Befestigung der deutschen Mark getroffen werden müssen oder nicht.

Aus innen- und außenpolitischen Gründen ist die Stabilisierung der Währung jetzt eine unabwiesbare Notwendigkeit. Es gibt kein Rezept gegen die Teuerung, wenn man das Uebel nicht an der Wurzel packt und der Kursstreber der fremden Devisen ein Ziel setzt. Aber auch die ganze Erfüllungspolitik muß früher oder später ihren Sinn verlieren, wenn der schlechende Währungsbankrott immer weiter fortschreitet und die ganze Last der Reparationen auf Kleinrentner, Invaliden, Arbeiter und Festbesoldete abgewälzt wird. Ruhlos ist der Goldbestand der Reichsbank, wenn er auch in der Zeit höchster Not des ganzen Volkes lediglich dem repräsentativen Zweck dient, der Welt zu zeigen, daß Deutschland doch vielleicht wieder einmal eine Art Goldwährung aufbauen kann.

Deshalb ist jetzt Währungsapolitik das Gebot der Stunde. Durch Schaffung eines wertbeständigen deutschen Papiers muß die Möglichkeit geboten werden, Ersparnisse und Reserven der Industrie gegen die Geldentwertung zu schützen, ohne daß der Devisenmarkt dazu in Anspruch genommen wird. Eine Frage zweiter Ordnung ist es, ob man dazu eine langfristige Goldanleihe oder Goldschmelze bestimmt. Jedenfalls muß unter Zuhilfenahme des Goldes der Reichsbank und des privaten Kredits der Sachwertbesitzer endlich einmal ein solcher Goldwert geschaffen werden, der den Sturm der Spekulation vom Devisenmarkt ablenkt.

Die Regierung muß jetzt zu klaren Entschlüssen kommen. Lange genug hat das Volk unter dem Taumel am Devisenmarkt gelitten, und es besteht die Gefahr, daß die jetzt verstärkter auftretende Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln seitens der Industrie noch längere Zeit anhält, besonders im Hinblick darauf, daß Auslandsrohstoffe zur Durchführung der

bisher abgeschlossenen Sachlieferungsabkommen stark begehrt sind. Darum ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine tatkräftige Aktion zu unternehmen, um so mehr als das rechtliche Bemühen Deutschlands, seine Währung zu stützen, auch auf der Brüsseler Finanzkonferenz seinen Eindruck nicht verfehlen kann.

Einstein über Deutschlands Not.

London, 6. Oktober. (WTA.) Die gestrige Ausgabe des Wochenblattes „New Leader“ bringt Ausführungen des Professors Einstein über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, die ein großes Licht auf die Notlage, besonders der geistigen Arbeiter in Deutschland werfen und als bemerkenswerte Erklärungen des Gelehrten von der englischen Tagespresse übernommen worden sind. Einstein schreibt, unterernährung sei fast allgemein unter den Kopfarbeitern und Studenten in Deutschland. Außerdem seien die Bücher so teuer geworden, daß das geistige Leben und die Entwicklung der heranwachsenden Jugend ernstlich darunter leide. Das Bestehen wissenschaftlicher und künstlerischer Einrichtungen, insbesondere der Theater und Zeitungen, sei mehr und mehr gefährdet; einige seien schon eingegangen. Der Kampf ums Dasein unter den unabhängigen Künstlern, Musikern und Schriftstellern sei verzweifelt. Wenn die gegenwärtigen materiellen Bedingungen fortdauerten oder gar schlimmer würden, so würden große Teile des sogenannten Mittelstandes, die bisher die Hauptquelle und die Hüter der geistigen Erbschaft gewesen seien, auf den tiefsten Stand hinabsinken. Die große Mehrheit der Studenten sei so abhängig von ihrer Erwerbstätigkeit, daß das Studium nur eine untergeordnete Beschäftigung für sie sein könne. Es könne kein Zweifel herrschen, daß die Energie des deutschen Volkes untergraben werde durch das Bemühen, daß es unter den augenblicklichen Umständen unmöglich sei, für die Zukunft zu sorgen, teils wegen der Unstetigkeit der Geldwerte, teils wegen der außerordentlich hohen Steuerlasten, die dauernd zunehmen. Ohne schnelle Stabilisierung der Mark sei es unmöglich, stetige Wirtschaftsbedingungen zu erreichen. Die Teilnahme deutscher Staatsbürger an Sachverständigen an Beratungen über internationale Wirtschaftsbedingungen würde zweifellos wünschenswert, wenn er unbedingt notwendig sei.

Ersucht hatte. R.-A. Dr. Saß: War es Ernst Berner Tschow bekannt, in welchem Verhältnis sein Großvater und Sie zu Minister Rathenau standen? Zeuge: Natürlich. R.-A. Dr. Saß: Wie erklären Sie sich denn, daß er über alle diese Hemmungen hinweggekommen ist? Zeuge: Das ist mir eben vollkommen unerkärllich.

Auf Antrag des R.-A. Bollnd äußert sich der Angeklagte Günther dann noch einmal über seine Beziehungen zu den beiden Tschows. Er erklärt, daß er nur einmalmal im Hause der Tschows gewesen ist, er habe aber nicht den Eindruck gehabt, daß man dort sein Fernbleiben gewünscht habe.

Damit war die Vernehmung des Zeugen Behrens beendet, und es wurde nun

der Angeklagte, Student Gustav Steinbed, verhört, der Tschow und Brand während ihres Aufenthalts in Dresden, als sie das Auto von Kühnmeister besorgten, in seiner Wohnung beherbergt hatte. Vors.: Sie sind Mitglied einer Anzahl nationaler Vereinigungen, und ein Teil der hier zur Verhandlung stehenden Vorgänge hat sich auf dem Bureau des Deutschen national-jugendbundes abgepielt, dessen Leiter Kapitän v. Abendroth ist. Welche Tendenzen hat denn der Deutsch-nationale Jugendbund in Dresden? Angekl.: Er wirkt positiv völkisch, indem er die Verbindung mit den Grenzdeutschen aufrechterhält. Vors.: Und welches war seine negative völkische Tendenz? Angekl.: Der Antisemitismus. Wir halten die Einwirkung der Juden auf die Regierung für schädlich. Vors.: Sie haben Brand in Dresden in Ihrer Wohnung aufgenommen. Was wollte er von Ihnen? Angekl.: Ich traf Brand in Dresden, er sagte mir, daß er mit Kapitän v. Abendroth über eine Sitzung des Verbundes national-geringer Soldaten zu sprechen habe. Abends kam er dann in meine Wohnung und verließ mich am nächsten Morgen. Vors.: Hat er mit Ihnen

über den bevorstehenden Mord gesprochen? Angekl.: Bestimmt nicht. Am Montag Abend stieg ich auf eine Straßenbahn und traf dort Brand mit Ernst Berner Tschow. Er hat mich, die Koffer, welche die beiden mit sich führten, in meine Wohnung zu nehmen und sagte mir: „Wir kommen später, wir wollen in der Stadt essen, damit wir Euch nicht um ein Abendbrot schädigen.“ Vors.: Euch? Wie meinte er denn das? Angekl.: Es war das eine Redensart. Brand sagte mal Du und mal Ihr. Spät am Abend kamen dann Brand und Tschow zu mir. Beide waren sehr müde, wünschten sofort schlafen zu gehen und lehten große Erzählungen ab. Am nächsten Tage fragte ich Brand: „Mensch, was ist denn eigentlich los?“ Er antwortete: „Frag mich nicht so dumm, ich darf Dir nichts sagen.“ Vors.: Sie nahmen doch wohl an, daß Brand eine nationale Sache vor habe? Angekl.: Ich glaube jedenfalls nicht, daß er einen Pforderbiefstahl vor habe. Wo uns Tschow einmal verlassen hatte, um Obst zu kaufen, sah ich mit Brand an meinem Tisch, auf dem Papiere lagen, u. a. auch

ein Rundschreiben der Nationalen Vereinigung. In welchem um Unterstützung für die Angehörigen derer gebeten wurde, die in Mainz von den Franzosen gefangengehalten werden. Ich fragte Brand, was denn aus den armen Kerlen eigentlich werden sollte? Brand machte ein pfeifiges Gesicht und sagte: „Es wird sich schon ein anständiger Kerl finden, der die Leute rausholt. Eigentlich hätten sie keine 24 Stunden sitzen dürfen, aber die Befreiung ist eine verdammte schwere Sache.“ Aus diesen Worten glaubte ich entnehmen zu können, daß Brand in dieser Sache tätig war. Aber ich wollte nicht in ihn dringen, mir sein Geheimnis zuverraten. Radmittags, als ich nicht zu Hause war, hatte Brand ein Telefongespräch, und er äußerte sich darauf:

„So, jetzt ist alles in Butter!“ Vors.: Am nächsten Tage suchten Sie dann den Leutnant Trifische in einem Autogeschäft auf? Neuhern Sie sich einmal darüber. — R.-A. Bloch: Ich bitte, bevor der Angeklagte sich über die nun kommenden Dinge äußert, die Dessenlichkeit auszuschließen, da hier Dinge berührt werden, die die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden imstande sind.

Das Gericht zog sich darauf zurück, um über den Antrag des Rechtsanwalts Bloch über Ausschluß der Dessenlichkeit zu verhandeln.

Nach längerer Beratung lehnte der Gerichtshof in den Saal zurück. Senatspräsident Dr. Hagens verkündete, daß ein Ausschluß der Dessenlichkeit nur bei Gefährdung des Deutschen Reichs in Frage kommen könne, daß der Gerichtshof sich aber nicht habe davon überzeugen können, daß durch eine öffentliche Vernehmung des Angeklagten Steinbed die Sicherheit des Reiches gefährdet werde. Der Antrag auf Ausschluß der Dessenlichkeit sei daher abgelehnt.

Die „nationale Sache“.

Mainz, 6. Oktober. (Mit.) Im Prozeß gegen die Rathenau-Wirder wurde von dem Angeklagten v. Salomon angegeben, einige Mitglieder der Organisation Consul seien in Wiesbaden den Franzosen in die Hände gefallen. Es handelt sich um die beiden vor kurzem von dem Kriegsgericht der französischen Rheinarmee in Mainz wegen Spionage zu je 20 Jahren Gefängnis verurteilten Angeklagten Carliner und Steffen. Der damals gleichzeitig mit Carliner abgeurteilte Angeklagte Behold erhielt zwei Jahre Gefängnis. Es handelte sich damals um eine mit der Geheimorganisation C in Verbindung stehende Spionagegeschichte.

Waffenfund in Stargard.

Ein Reichswehrangehöriger als Geher.

Stargard, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesige Kriminalpolizei nahm auf eine anonyme Anzeige hin gestern unerwartet eine Durchsuchung des von dem Waffenmeister Sudow bewohnten Hauses vor. Sudow gehört dem in Stargard in Garnison liegenden ersten Bataillon des Reichswehr-Infanterieregiments 4 an. Nach langem Suchen entdeckte man auf dem Hausboden in einem Versteck, das durch eine Doppelwand sehr geschützt markiert war, 9 Maschinengewehre, und zwar: 8 schwere Maschinengewehre und 1 leichte Maschinengewehr, außerdem 7 Zielfernrohre und zahlreiche andere Zubehörteile für Maschinengewehre. Keiner der Ortsbewohner wollte sich zu den vorgefundenen Maschinengewehren bekennen. Erst als die Polizei zur Festnahme sämtlicher Hausbewohner zu schreiten drohte, gab die Frau des Waffenmeisters Sudow, der sich zurzeit auf Urlaub befindet, zu, daß die Maschinengewehre von ihr in Mainz verborgen seien. Das Waffenlager wurde darauf von der Polizei beschlagnahmt und der Dienstvorgesetzte Sudows, Major Kaldrack, von dem Kunde in Kenntnis gesetzt. Nach einem Ministerialerlaß konnte die Verhaftung des abwesenden Sudow nicht von der Polizei verfügt werden; hierfür ist vielmehr der militärische Vorgesetzte zuständig, in dessen Händen auch die weitere Untersuchung liegt.

Unter der Bevölkerung herrscht allgemeines Erstaunen darüber, wie es dem Sudow möglich sein konnte, 9 Maschinengewehre in seine Behausung zu schaffen, ohne daß einem seiner Vorgesetzten die Sendung einer so großen Anzahl von Maschinengewehren aufgefallen ist. Zu dem hiesigen Bataillonkommandeur Major Kaldrack, der vielfach Beweise dafür gegeben hat, daß er alles andere als republikanisch gefonnen ist, hat die Stargarder Bevölkerung nicht das Vertrauen, daß er die Untersuchung mit dem nötigen Nachdruck führen wird. Vom Reichswehrminister Geher muß daher mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß er sofort einen im republikanischen Sinne zuverlässigen Vertreter — daß

er einen solchen in der Reichswehr findet, ist allerdings zweifelhaft — nach Stargard entsendet, der die Untersuchung insbesondere darauf erstreckt, wie Sudow in den Besitz von 9 Maschinengewehren gelangen konnte, ohne daß einer seiner Vorgesetzten, vom Bataillonkommandeur herab, etwas davon merkte.

Wilhelm gegen Bethmann.

Er kann für seine Kanzler nichts!

Die Memoiren Wilhelms II. waren bisher nur langweilig. Neuerdings fangen sie an, widerwärtig zu werden. In der letzten Fortsetzung hält nämlich Wilhelm eine Art von Mandöverkritik über seine Kanzler ab, die desto alberner und gefährlicher wird, je weiter sie fortschreitet. Bülow kam noch halbwegs glimpflich davon; er lebt ja noch, kann sich noch wehren und wird es vielleicht auch tun. Bethmann ist tot, und so wächst der kaiserliche Mut, diesen Mann herunterzureißen, ins Riesengroße.

Bethmann ist in diesen Blättern bekämpft worden; er hatte auch auf der äußersten Rechten Gegner. Was hier und in der Reichspressen gegen Bethmann gesagt worden ist, das schreibt der Mann in Doorn jetzt ab und brant daraus ein widersinniges Gemisch. Er vergißt, daß wir gegen den lebenden Bethmann kämpfen durften, weil er unser Gegner war, und daß auch die äußerste Rechte das gleiche Recht hatte. Aber Wilhelm hat dieses Recht nicht. Denn er hat Bethmann zum Kanzler gemacht, er hat ihn acht Jahre lang im Amt gehalten, und wenn er jetzt von ihm abdrückt, wenn er jetzt in die Welt hinausfährt: „Der hat Schuld, nicht ich!“ — so gibt es zur Kennzeichnung eines solchen Verhaltens nur ein Wort, das heißt: Erbärmlichkeit.

Bülow, der vorsichtig Geschonte, war und ist ein lächelnder Skeptiker. Bethmann, der mutig Attakierter, war ein überzeugter Monarchist; er war wirklich ein treuer Diener seines Herrn. Diese Treue, die im öffentlichen Verhalten wie auch in privaten Gesprächen immer wieder zum Ausdruck kam, hatte für uns etwas halb Väterliches, halb Rührendes. Wie konnte ein Mensch so blind sein, seinen „gnädigen Herrn“ so zu verkommen! Es ist dem armen Bethmann zu gönnen, daß ihm die letzte bittere Erkenntnis, seine persönliche Anhänglichkeit an einen gänzlich unwürdigen verschwendet zu haben, erspart blieb.

Die Reichspräsidentenwahl.

Ein deutsch-amerikanischer Sammellandidat?

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen Leitartikel, in dem sie die Forderung aufstellt, die bürgerlichen Parteien sollten sich zusammenstellen, um Ebert einen gemeinsamen Kandidaten entgegenzustellen. Da der Vorschlag eines solchen Sammellandidaten vielleicht auch sonst noch erörtert werden wird, ist es gut zu wissen, aus welcher Ecke er kommt.

Die Wahl des Reichspräsidenten wird bekanntlich so vorgenommen, daß im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, wenn diese nicht erreicht wird, in einem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit entscheidet. Ein Stichwahlverfahren gibt es nicht. Bestände überhaupt eine Möglichkeit, Ebert zu werfen, so wäre sie nur dadurch zu schaffen, daß alle bürgerlichen Wähler vom rechten deutschvölkischen bis zum linken demokratischen für einen gemeinsamen Gegenkandidaten stimmten. Auch dann wäre der Ausgang nach unehört heißem Wahlkampf durchaus ungewiß, da mancher bisher „bürgerliche“ Wähler aufhören würde, bürgerlich zu sein, wenn man an ihn mit der Zumutung heranträte, für einen Sammellandidaten zu stimmen, der den einzigen Vorzug hat, nicht Ebert zu heißen. Denn nicht die Gemeinsamkeit der Idee, nicht das Vertrauen zu einer bestimmten Person würde einen solchen Wischmasch zusammenhalten, sondern nur die Gemeinsamkeit der Abneigung gegen den bisherigen Reichspräsidenten.

Offenbar, weil sie ihrer Sache doch sehr unsicher ist, spielt die „Kreuzzeitung“ ihren stärksten Trumpf aus. Ebert sei den Amerikanern nicht genehm, und darum müsse er weg. Es ist zur ständigen Übung unserer „nationalen“ Presse geworden, zur Unterstützung ihrer eigenen Wünsche die angeblichen Wünsche irgendeines zur Disposition gestellten „Erbscheides“ heranzuziehen. So wandelbar sind die Begriffe von nationaler Würde! Indessen stehen wir „Vaterlandslosen“ immer noch auf dem Standpunkt, daß der Präsident der deutschen Republik nicht von den Amerikanern, sondern von den Deutschen gewählt wird. Sollte jedoch die „Kreuzzeitung“ in Amerika eine Rundfrage veranstalten wollen, für wen dort mehr Vertrauen vorhanden sei, für den bisherigen Reichspräsidenten oder einen Mann von der Couleur der „Kreuzzeitung“, so hätten wir auch dagegen nichts einzuwenden.

Republikanisches Richtertum.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ macht der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Dr. Levin gegen Professor Düring Ausführungen über Demokratisierung der Justiz, die Beachtung verdienen. Dr. Levin schreibt u. a.:

Es ist nun einmal Tatsache, daß weitere Kreise des Volkes der Justiz mißtraulich, zum Teil sogar feindselig gegenübersehen. Um diese Tatsache zu verstehen, muß sich jedenfalls der objektive betrachtende Richter von der Unterstellung freimachen, als ob diese unmerkliche Erscheinung nur auf Verhöhnung der Volksgenossen, auf künstliche Schürung politischer Leidenschaften zurückzuführen wäre. Vertrauen ist ein Gut, das nicht als wohlverwahrtes Recht gefordert werden kann, sondern auch von den Richtern in steter unablässiger Arbeit erst erworben werden muß, aber auch dort leicht erworben wird, wo der große innere Zusammenhang zwischen der Rechtsprechung und dem allgemeinen Volksempfinden besteht. Wenn sich zwischen hunderttausenden Volksgenossen und den Gerichten eine Luft aufgetan hat, so ist hieran nicht ohne Schuld die manchen Juristen noch immer anhaftende Verkennung der im Volke schlummernden Kräfte, die mit elementarer Gewalt ihre wirtschaftliche und rechtliche Anerkennung fordern. Es heißt, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, diese Kräfte sehr unterschätzen und völlig mißachten, wenn man dem Zuge der Entwicklung, in der wir uns befinden, entgegenstreben zu müssen glaubt, weil es sich um das Streben urteillos und irreführender Massen handle. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Regierungen, für die Schöpfung eines Juristenstandes Sorge zu tragen, der das Vertrauen aller Volksgenossen genießt, der bereit und geeignet ist, an der Befreiung der vorhandenen Gegensätze ausgleichend und versöhnend mitzuarbeiten. Die Bedeutung eines hochstehenden, sachlich und persönlich unabhängigen Richtertandes kann auch in der Gegenwart ernstlich nicht in Zweifel gezogen werden. Aber gerade deshalb ist das Bestreben gerechtfertigt, völkische Richter zu haben, d. h. Richter, die sich von der fehlerhaften Einstellung zu dem Problem der „Rasse“ freihalten, Männer, die in die Rechtsordnung, welche sie zu schützen haben, mit tiefstem

Verständnis eindringen, als Führer in seelischer und geistiger Gemeinschaft mit den Geführten leben und im besten Sinne des Wortes völkisches Recht finden; Recht, das eben nicht gefunden werden kann, wenn man hunderttausende, ja Millionen von Volksgenossen als Träger einer blinden, verhängnisvollen Massen- oder Pöbelherrschaft ansieht, anstatt die in ihnen schlummernden, lebendigen, nach rechtlicher Anerkennung ringenden Volkkräfte zu erkennen. Wenn von diesem Standpunkt aus eine „Demokratisierung der Rechtspflege“ gefordert wird, handelt es sich mitnichten um eine parteipolitische Forderung, sondern um die Lösung des uralten, grade von uns Deutschen so viel durchdachten Problems des richtigen Verhältnisses zwischen Volksrecht und Juristenrecht.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Anschauungen des Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsidenten die weiter Richterkreise würden, dann würde manche Klage über die Justiz verstummen. Leider besteht dazu einstweilen wenig Aussicht.

Sachsen gegen die Getreidepreiserhöhung.

Dresden, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung hat im Reichsrat folgenden Antrag eingebracht: „Gegen den Beschluß, den der nach § 50 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus dem Ernte 1922 vom 4. Juli 1922, (Reichsgesetzblatt S. 549) bestimmte Ausschuss in seiner Sitzung vom 16. September 1922 über die Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides gefaßt hat, erhebt der Reichsrat Widerspruch, da der Ausschuss nach dem Gesetz nur das Recht hat, über den Preis für das zweite und dritte Drittel der Umlage gehört zu werden. Die Reichsregierung hat deshalb an dem vom Reichstage beschlossenen Preis für das erste Umlagedrittel festzuhalten.“

Neue Verwirrung im Orient.

London, 6. Oktober. (Mit.) Wie die Blätter melden, fand infolge des Eintreffens wenig befriedigender Nachrichten aus Konstantinopel gestern Abend eine Kabinettsitzung statt, die bis 412 Uhr dauerte. In der Sitzung wurde über eine Depesche General Harringtons beraten, die bei ihrer drahtlosen Uebermittlung verstümmelt worden ist. General Harrington ist ersucht worden, sie zu wiederholen. Das Telegramm scheint zu bezagen, daß man bei den Verhandlungen in Rudanica auf einem toten Punkt angelangt sei.

Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt, man ziehe den Schluß, daß die türkischen Generale sich nicht an die Fragen gehalten haben, die für die Erörterung aus der militärischen Konferenz in Rudanica bestimmt worden seien. Insbesondere scheint es ziemlich klar zu sein, daß mit Ostbragien zusammenhängende Fragen in die Konferenz hineingezogen wurden. Anscheinend hätten General Harrington und die übrigen Generale nach der Zusammenkunft von gestern vormittag Rudanica verlassen und sich alle nach Konstantinopel begeben.

„Daily Mail“ berichtet, die britische Regierung habe General Harrington befohlen, nicht ohne weitere Instruktionen nach Rudanica zurückzukehren. Eine Neuermeldung aus Konstantinopel dagegen besagt, daß die alliierten Generale nur zurückgeblieben, um mit den Oberkommissaren über gewisse neu aufgetauchte Punkte zu beraten. Heute vormittag würde eine gemeinsame Sitzung stattfinden, nach der dann die Generale nach Rudanica zurückkehren.

Neue Truppenbewegungen.

London, 6. Oktober. (E.P.) Nach einem Telegramm aus Konstantinopel ist türkische Kavallerie gestern erneut in die neutrale Zone von Ismed eingedrungen.

London, 6. Oktober. (Mit.) Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet aus Tschana, daß die Zusammenziehung der kemalistischen Truppen fortdauere und daß die britischen Truppen jetzt in Fühling mit einer Infanterieabteilung der zweiten Armee Kemal sich befinden, die den Griechen die Niederlage beigebracht hätte. Die kemalistische Artillerie sei, wie berichtet werde, noch eine beträchtliche Strecke entfernt. Der britische General Warden habe die eingetroffenen Verstärkungen sofort eingeseht und seine Linien verlängert.

Konstantinopel, 6. Oktober. (Havas.) Zwei griechische Militärzüge verlassen Saloniki in der Richtung nach Adrianopel.

Kemal und die Friedenskonferenz.

Im englischen Auswärtigen Amt ist ein Auszug aus der Antwort der Angoraregierung auf die alliierte Einladung eingetroffen. Die Angoraregierung schlägt als Konferenzort für die Friedenskonferenz Smyrna und als Konferenzbeginn den 20. Oktober vor und fordert die Teilnahme Rußlands, der Ukraine und Georgiens. Die Note ist im übrigen in verständlicher Weise gehalten.

Krise in Italien.

Mailand, 6. Oktober. (E.P.) Die Faschisten haben die Stadt Trient geräumt, nachdem der Generalkommissar, Senator Credaro, seine Demission eingereicht hat. Senator Credaro ist in der Nacht nach Rom abgereist, um der Regierung über die Verkommnisse Bericht zu erstatten.

Das Kabinett Facta sieht sich einer sehr schwierigen parlamentarischen Lage gegenüber. Die Haltung der Faschisten erregt täglich größere Besorgnis. Es wird bestimmt mit der Beizügung der Faschisten an der neuen Regierung gerechnet. Man weiß noch nicht, ob Facta die Krise durch Einberufung der Kammer oder durch einen freiwilligen Rücktritt innerhalb des Parlaments lösen wird.

Einige hundert Faschisten setzen ihre Gewalt herrschaft in Südtirol fort. Sie haben das Gemeinderats von Salurn besetzt und forderten den Rücktritt des Gemeindevorstes. Der Bürgermeister des Ortes war schon früher abgesetzt worden.

Vorschläge der amerikanischen Bankiers.

New York, 6. Oktober. (Mit.) Der Resolutionsausschuss hat dem Bankierskongress empfohlen, zu verlangen, daß ein amerikanischer Vertreter zum Mitglied der Reparationskommission ernannt wird und daß die amerikanische Regierung unverzüglich eine Erklärung abgibt betreffend die Grundfrage, nach denen sie mit den anderen Ländern für die Wiederherstellung Europas zusammenwirken werde. Ferner wurde empfohlen, Präsident Harding zu ersuchen, von seinen Nachbefugnissen, die ihm durch das Zolltariffgesetz verliehen sind, Gebrauch zu machen, um das Notwendige für die Wiederherstellung des Handels zu tun, bis die Railonen imstande seien, die Waren, die sie von den Vereinigten Staaten kaufen, zu bezahlen.

Theater.

Theater in der Kommandantenstraße: „Die Sprache der Vögel“.
Auf der neuen Bühne des Direktors Pöll folgte der Eröffnungsvorstellung von Schmidt-Bonn „Geschloßgenem“ Adolf Pauls vor dem Kriege geschriebene, in Berlin noch nicht aufgeführte „Sprache der Vögel“. Beides Werke, die abseits von der Hercestraße der dramatischen Tagesproduktion eigene Wege gehen, ihr Gepräge aber mehr durch nachdenkliche Reflexion als schaffende Gestaltungskraft erhalten. Die Personen werden wie auf einem Schachbrett hingehandelt, symbolisiert, andeutend Einfälle und Gedanken des Autors, doch ohne daß ihr Sein und Wesen, ihr Tun und Handeln unmittelbar lebendig überzeugenden Widerhall in der Phantasie des Hörers weckt. Adolf Paul hat hier den alten König Salomon aus seinem Grab bemüht, um die oft erhobene Anklage wider die Eitelkeit und Grousamkeit des schönen Geschlechts in anderer Kostümierung zu wiederholen. Die Märchengänge der Fabel noch stärker zu unterstreichen, nicht er als ein seltsames Motiv ein; daß nach dem Volksglauben Salomons Weisheit in einer Kenntnis der Vogelsprache wurzle. Das Spielerische der Voraussetzungen, das in einer soluteren Erzählung vielleicht von guter Wirkung wäre, steht der dramatischen Bearbeitung, die, wenn sich auch das Stück „Komödie“ nennt, bis zu dem Rande einer blutigen Lösung führt, von vornherein im Wege und verleiht dem ganzen ein Aussehen allegorischer Gleichnißhaftigkeit. Salomon hat seinem jungen Freunde Sabud die schönste Blume seines Hofes, Abisog aus Genua, geschickt und ihn obendrein mit Reichthümern und Ehren überhäuft. Doch unter der Bedingung: daß der so Erhabene später an ihn mit einem eigenen Wunsch herantrete. Er hofft, der Jüngling, von dem er Großes hätte, werde durch Frauengunst und äußeren Glanz nicht schon gestillt, ihn um keine Freundschaft bitten. In dessen Saubers leere Sinnensart kennt gar kein anderes Glück, ihm fällt nichts ein, was er begehren könnte. Die verfliegene, ehrsüchtige Geliebte, der er seine Verlegenheiten klagt, kommt ihm zu Hilfe. Er möge doch das Geheimnis von Salomons Nacht, die Kunde der Vögelsprache, verlangen. Enttäuscht und zürnend, den Zusammenhang durchschauend, verheißt der König auch dieser Bitte die Erfüllung, doch dürfe Sabud bei Todesstrafe das Geheimnis keinem anderen verraten. Abisog aber, in brennender Neugier und Empörung, daß der Geliebte, seinem Schwur getreu, sie zunächst abweist, ruht nicht, bis sie durch Schmeicheleien und wilden Troh den Schwächling müde gemacht. Das Paar wird vor Salomons Gericht gefordert. Da enthüllt sich Abisogs ganze Verworfenheit. Sie, die Sabud, zum Götze getrieben, zucht rachsüchtig-geliebte gegen ihn, sucht durch ihren Reiz den König ins Garn zu ziehen und trümt, an dessen Seite Königin zu werden. Erst als der „weisse“ und ebenso despotische Salomon das grausame Spiel auf die Spitze treibt und zur Probe verlangt, daß Abisog dem Henker selber das Signal zu der Enthauptung ihres Gatten gibt, bricht ihre Kraft. Sie stürzt davon und Sabud, der sofort verführte Frauentrecht, ihr noch „Licht sie leuchten“, entscheidet der Richterkönig. Wenn so der Sinn verbleibet, der ist von dem Geheimnis der Vögelsprache, von der mochtverleibenden Erkenntnis menschlicher Natur für immer ausgeschlossen.

Die Rolle der schmeichelnden, verführerischen und sich dann schlangenhaft aufbaumenden Abisog war durch Ebba Maran, die des weikundigen, die Freundschaft hoch über alle Träume der Verliebtheit stellten Salomon durch Eric Baldermann sehr gut vertreten. Am Schluß rief der Applaus den Dichter hervor. dt.

Residenztheater. Das Richard-Alexander-Gesellschaft mit um 14 Tage nachgehoben werden. Die bereits gelösten Billets behalten ihre Gültigkeit.

Das Ende der „Schaukelwagen“.

Die Straßenbahnverwaltung will im Laufe der nächsten Monate in ihren Betrieben wieder einige Verbesserungen einführen, die zweifellos vom Publikum freundlich begrüßt werden dürfen. Vor allen Dingen ist die Verwaltung entschlossen, mit den alten kleinen Anhängswagen aufzuredem, die zu den ältesten Beständen des Unternehmens gehören und die für das Publikum und für die Straßenbahn gleichermäßen eine Quelle ewigen Kergers bedeuten. Die kurzen Anhängswagen, die im Publikum den Namen „Schaukelkästen“ führen und die nach Möglichkeit bisher gemieden worden, sollen jetzt modernisiert werden. Bisher erforderten diese Wagen sehr viele Reparaturen, da infolge ihres stoßenden Laufes Brüche am Unter- und Oberbau zu den täglichen Erscheinungen gehörten. Nach einem Entwurf des Stadtbaurats Dr. Adler hoben die Wagen einen gänzlich neuen Unterbau, größeren Achsenabstand und eine neue ausgiebigere Federung erhalten. Der Oberbau ist ebenfalls modernisiert worden und man hat dadurch, daß die beiden Perrons völlig verkleidet worden sind, erheblich mehr Sitzgelegenheiten erhalten. Während bisher die Schaukelwagen alle 2-3 Jahre einer grundlegenden Reparatur bedurften, hofft man in Zukunft die Wagen etwa 8-10 Jahre ohne durchgreifende Reparaturen laufen lassen zu können. Durch den Umbau wird an jedem Wagen eine Tonne Gewicht erspart und somit eine nicht unerhebliche Stromersparnis erzielt. Weiter wird ein neuer Benzoltriebwerk zur Einführung gelangen, der in kurzer Zeit auf der Strecke Spandau-Hennigsdorf einen Spezialverkehr für die Arbeiter der ACO. versehen soll. Der Wagen ist mit einem kleinen Verbrennungsmotor ausgestattet und es ist beabsichtigt, auch auf der Strecke der Industriebahn Teget-Friedrichsruhe nach Fertigstellung einer Serie dieses neuen Typs einen Verkehr für die dortigen Arbeiter zu eröffnen.

Der Einbrecher als Millionär und Sportsmann.

Reislose Aufklärung des großen Berliner Postraubes.
Außergewöhnliches Aufsehen erregte im März d. J. ein Gewaltanbruch auf das Postamt 54 in der Lothringer Straße, bei dem dem Räuber 1 1/2 Millionen Mark in die Hände fielen. In der Nacht zum 30. März drang eine Bande von schwerbewaffneten Räubern in die Räume des Amtes ein, fiel über die Beamten des Nachtendienstes her, festsetzte die einen und hielt die anderen mit scharfgeladenen Pistolen in Schach und erbeutete endlich, ohne daß jemand in der Nachbarschaft etwas hörte, die ganzen vorhandenen Amtsgelder.

Zu den Überfallenen und gefesselten Beamten gehörte auch der Postbetriebsassistent Antoch, dessen Bruder in der Brunnenstraße einen Hundehandel betrieb. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei führten zu dem Verdacht, daß der gefesselte Antoch und sein Bruder bei dem schweren Raube ihre Hand im Spiel gehabt hätten. Der Verdacht bestätigte sich auch und beide Brüder wurden verhaftet. Der Betriebsassistent entzog sich seiner Bestrafung, indem er sich erschoss. Als einer der Haupttäter wurde ein der Kriminalpolizei als schwerer Ein- und Ausbrecher bekannter Willi Steja ermittelt und ebenfalls festgenommen. Stein und der Hundehändler Antoch wurden vor Gericht gestellt und jeder zu 6 Jahren Zuchthaus, dieser zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Kriminalpolizei war jedoch klar, daß damit der schwere Raub nicht ganz aufgeklärt war, besonders da auch der Hauptteil der Beute noch nicht zu finden gewesen war. Der Verdacht fiel zunächst auf einen als Gedächtnisbrecher bekannten Paul Sude, ohne daß es zunächst möglich war, ihn zu überführen. Nach 14-jähriger unermüdlicher Arbeit der Kriminalkommissare Werneburg und Geisel im Zusammenwirken mit den Untersuchungsrichtern Schirmer und Geier und dem Staatsanwalt Krauschaar ist es jetzt gelungen, volle Klarheit zu schaffen, alle Beteiligten hinter Schloß und Riegel zu bringen und sogar der bestraubten Postverwaltung einen großen Teil der Beute in Sachwerten sicherzustellen. Der Verdacht gegen Sude blieb bestehen. Der Verbrecher verstand es jedoch, die Ermittlungen ungemein zu erschweren. Zunächst verhaftete man die Frau des Sude, da sie sich bei ver-

schiedenen Verhören in Widersprüche verwickelte. Die anderen aber waren verschunden. Nach und nach konnte festgestellt werden, daß sie sich unter falschen Namen in Vororten aufhielten, wo sie namentlich an den Gewässern Grundstücke gekauft hatten. In der Maske harmloser Bürger betrieben sie dort auch den Wassersport, zu dem sie sich eigene Segel- und Motorboote gekauft hatten. Einer nach dem anderen wurde überführt, ermittelt und festgenommen, im ganzen jezt 17 Männer und Frauen, darunter das Ehepaar Paul Sude, der der eigentliche Haupttäter ist. Er erhielt auch den Hauptanteil der Beute und galt in seinen Kreisen als Millionär. Ausgehert, durchgesprochen und vorbereitet wurde der ganze Plan in dem Hundekeller des Antoch. Es ist jedoch anzunehmen, daß noch irgendwelche Geldwerte verborgen sind. Zweckdienliche Mitteilungen nehmen die Kriminalkommissare Werneburg und Geisel im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidentiums entgegen.

120 Mark für ein Brot.

Neue Brotpreiserhöhung von Montag, den 9. Oktober, an.

Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin teilt der B.S.-Korrespondenz zufolge mit: Die bereits ab 1. Oktober in Wirksamkeit getretenen Erhöhungen aller Art und die vom 9. Oktober an fälligen fünfzig Prozent Lohnerhöhung im Bäckergewerbe machen neue Erhöhungen der marktfreien Brot- und Gebäckpreise notwendig. Unerträglich Erhöhungen weist auch der Reichmarkt auf, und zwar in kaum vier Wochen 50 Prozent. Besonders Roggenmehl hat eine ganz anormale Erhöhung erreicht. Diese Entwidlung ist zu bedauern, da die jezt schon minimalen Umfänge an marktfreier Ware stets weiter zurückgehen, was weitere Produktionseinschränkungen und somit noch größere Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe zur Folge haben wird. Es werden von Montag, den 9. Oktober an kosten: Markenfreies Brot 120 M., bisher 80 M., marktfreie Schrippen das Stück 5 M., bisher 4 M., Hörnchen, Kaiserbrötchen, Schneden bisher 5 M., jezt 6 M., Plunder- und Biedtuchen 10 M., bisher 7,50 M., gerösteter Zwieback das Pfund 110 M., bisher 90 Mark, Einbad das Pfund bisher 64 M., jezt 80 M., Seriebene Semmel das Pfund bisher 60 M., jezt 80 M.

Der Mann mit den beiden Frauen.

Das traurige Schicksal einer Frau wurde in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II abgerollt. Unter der ziemlich seltenen Anklage der Bigamie hatte sich eine Frau Marie Lomer zu verantworten.

Die Angeklagte ist die Tochter eines Gutsbesizers in Wittbrizzen. Eines Tages erschien dort ein schneidig aussehender Offizierskandidat, der sich unter dem Namen Rudolf Lomer vorstellte, in der damals üblichen Absicht zu hamstern. Zwischen dem schneidigen Reichwehrladaten und der Gutsbesizerstochter knüpften sich zarte Bande und eines Tages kam es zu einem Verlöbniß. Schon nach wenigen Wochen wurde die junge Braut aus allen Himmeln gerissen, als sie von anderer Seite erfuhr, daß ihr Verlobter bereits verheiratet und Vater von einem unehelichen und zwei ehelichen Kindern sei. Lomer verheiratete ihr jedoch, bei allem, was ihm noch heilig sei, daß er nicht verheiratet sei, und die Folge war, daß die Braut mit ihm die Ehe einging. Nach einjähriger Ehe, aus der ein Kind hervorging, stellte sie sich heraus, daß ihr Ehemann tatsächlich schon einmal verheiratet war. In den nun folgenden Auseinandersetzungen bestritt der Mann weiter auf das entschiedenste, verheiratet zu sein, was ihn aber nicht hinderte, die Nacht bei seiner ersten Frau zu verbringen und sich des Morgens von seiner zweiten Frau abholen zu lassen. Als Lomer fürchten mußte, daß seine Doppelsehe zur Kenntnis der Behörden kommen würde, flüchtete er mit der Frau „Nr. 2“ nach Wien. Auf Grund eines hinter ihm erlassenen Steckbriefes erbat er von der hiesigen Staatsanwaltschaft die Zustimmung des freien Geleits und schob, ebenfalls der Bigamie angeklagt, vor der Strafkammer alle Schuld auf seine Ehefrau, von der er behauptete, sie habe ihn verführt. Die Angeklagte kam dann ebenfalls nach Berlin und trat hier zufällig in der Leipziger Straße ihren Ehemann mit seiner ersten Frau, die ein Paar ihr gestohlene Handshuhe trug. Deswegen kam es zu einer heftigen Szene, die damit endete, daß „Frau Nr. 1“ zu „Frau Nr. 2“ verhaftet lief. Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Eisenstaedt geltend, daß die Angeklagte das Opfer eines Menschen geworden sei, der sie unter betrügerischen Vorspiegelungen zur Eingebung der Ehe verleitet habe. Frau Lomer wurde vom Gericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft und Jubilung der Bewährungsfrist. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Zu der Wiedererhaltung des Direktors Bernotat und seines Hefersheimers Kaminski wird mitgeteilt, daß die Verhafteten von Wiesbaden bereits nach Berlin übergeführt wurden, wo sie heute morgen eintrafen. In der Zwischenzeit ist auch Frau Bernotat unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung verhaftet worden.

Millionendiebstahl in der „Stoffstraße“. In der Prenzlauer Straße, wo sich Luchsgeschäft an Luchsgeschäft reiht, wurde in der vergangenen Nacht eine Firma durch einen Einbruch empfindlich geschädigt. Diebe drangen in eine Wägenfabrik in der Prenzlauer Straße 42 ein und stahlen für drei Millionen Mark Stepphüte, Stoffe und Futtersachen. Sie sind mit ihrer Beute entkommen und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Zimmerangebot für Studenten. auch solche gegen Nachhilfeunterricht nimmt das Akademische Wohnungsamt Universität Berlin, Berlin O 2, Unterstadt, Zimmer 26, entgegen. Tel. Zentrum 10 980, Sprechstunde täglich von 10-11 Uhr.

Katastrophale Feuerbrunst in Kanada.

Im Norden des Staates Ontario in Kanada ist, wie aus Paris gemeldet wird, ein Waldbrand von gewaltiger Ausdehnung ausgebrochen, der sich bisher auf eine Front von 70 Kilometern erstreckt. Die Stadt Haliburton sowie eine große Anzahl Dörfer sind zerstört worden. Ueber 100 Personen sind in den Flammen umgekommen und mehr als 5000 Personen obdachlos.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise neblig, sonst trocken und viel, aber; nachts sehr kühl, in den Mittagsstunden ziemlich mild bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 6. Okt. Heute abend 7 1/2 Uhr. Funktionärsversammlung bei Sobrolat, Seinemänder Straße 11.
- 8. Okt. Friedmann. Der Verein Arbeiterjugend detachiert am Sonnabend den 7. Oktober, eine Feiernacht, bestehend aus Rekrutieren, Gesang und Klavierporträgen. Mitwirkende: Frä. Schifmann, Frä. W. Göge und Herr R. Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr. Die Parteigenossen und die Jugend sind hierzu freundlich eingeladen.
- 11. Verwaltungsbüro: Kumpelhof, Marienstraße, Marienstraße, Viktoriastraße. Sonnabend, 7. Oktober, 7 1/2 Uhr. Vorkonferenz am Gymnasium Marienstraße, Reiterstraße. Eintritt 15 M., an der Abendkasse 10 M., Kinder 5 M. (unter 10 Jahren werden Kinder nicht zugelassen). Nicht verkaufte Karten haben die damit beiraubten Gewissen die spätere eine Stunde vor Beginn abzugeben, da festgesetzt werden muß, ob noch ein Abendverkauf (wegen evtl. Überfüllung) stattfinden kann.
- 12. Verwaltungsbüro: Niederbühlhauken. Sonnabend, den 7. Oktober, 1 1/2 Uhr, im Gefängnis des Realgymnasiums, Buchholzer Straße, Verwaltungsbüro. Thema: Bericht über den Parteitag in Osnabrück. Mitgliedsbuch legitimiert.

Gewerkschaftsbewegung

Ein „Sieg“ der Kommunisten in Berlin.

Am Mittwoch früh berichtete die „Rote Fahne“ in ihrem Leitartikel über die Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre, indem sie sich in ihrer Freude darüber überließ, daß diese Konferenz von Kommunisten dazu ausgenutzt wurde, um für den sogenannten Betriebsrätekongress und den „Offenen Brief“ des Fünfzehner-Ausschusses zu stimmen. Es gehört schon ein ziemliches Erfolgsbedürfnis dazu, um aus dieser Verlammlung für kommunistische Zwecke einen „Sieg“ zu machen.

Die Verlammlung war zwar von der Gewerkschaftskommission und dem Ortsrat des A.F.-Bundes einberufen zum Zwecke einer Aussprache über die Finanzierung der Warenverteilung. Aus diesem Grunde wurde die Verlammlung auch nicht von den Leitern der Gewerkschaftskommission, sondern von den Geschäftsführern der Warenverteilung geleitet. Daß die kommunistische Partei und die „Rote Fahne“ auf diese Verlammlung besonderes Gewicht legten, um ihre Parteifuppe zu locken, geht daraus hervor, daß in der Dienstag-Morgenausgabe der „Roten Fahne“ alle Gewerkschaftsfunktionäre der A.F.D. ohne Angabe der Tagesordnung in diese Verlammlung dirigiert wurden. Die ganze Verlammlung war von etwa 400 Personen besucht. Da die Verlammlungssteilung die Türkontrollen unterlassen hatte, waren unter diesen 400 Anwesenden viele, die nicht als freigewerkschaftliche Funktionäre anzusprechen sind. Daß die Verlammlung an und für sich von den in Berlin vorhandenen jezt 50 000 Gewerkschaftsfunktionären so schwach besucht war, ist darauf zurückzuführen, daß die Funktionäre besonders in den letzten Wochen in ihren eigenen Gewerkschaften stark engagiert sind. Die Verlammlung wurde von den kommunistischen Rednern auf ein Niveau herabgedrückt, das sich sonst wohl nur in kommunistischen Verlammlungen zeigt. Danach sieht auch die von einem gewissen Däbel eingebrachte Resolution aus.

Es ist schon bezeichnend, wenn bei einem solchen Referat Zwischenrufe wie „Roste“, „Verräter“, „Bonzen“ usw. kommen, so daß der Genosse Fröh Schmidt einen dieser Rodauhelden, Mitglied des „Bund“, als Vagner hinstellen mußte. Ob dieser junge Mann nicht auch ähnlich verführt, wie ein in der Gewerkschaftskommission von der betreffenden Organisation aufgetretener Salomon, der die radikalsten Töne anschlug, seinem Arbeitgeber aber sich verpflichtet, sich jeder politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit zu enthalten!

Auch ist es nicht uninteressant, von der „Roten Fahne“ näheres darüber zu erfahren, wie sie sich zu den aus der „Arbeiterhilfe“ entstehenden Verkaufsgeschäften stellt.

Im übrigen können wir der „Roten Fahne“ den Triumph dieser Verlammlung ruhig gönnen.

Reichsarbeitsverwaltung.

Diesen Namen führt in Zukunft nach einer Verordnung des Reichspräsidenten das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Nach dem Arbeitsnachweigesetz, das kürzlich in Kraft getreten ist, bestehen die Aufgaben des Reichsamts für Arbeitsvermittlung in der Aufsicht über die Arbeitsnachweise und Berufsberatungstellen, in der Beobachtung des Arbeitsmarktes und verwandten Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes. Da aber das Reichsamt schon bisher zur Entlastung des Reichsarbeitsministeriums auch eine Reihe von Aufgaben auf anderen Gebieten übernommen hat, die es jezt unter dem Namen „Reichsamt für Arbeitsvermittlung“ nicht mehr erledigen kann, wie z. B. die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen, war die Umbenennung des Amtes erforderlich. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung im Sinne des Arbeitsnachweigesetzes ist nunmehr ein Teil der Reichsarbeitsverwaltung.

Einigung in der Schlosseerei.

Die Bauarbeiter konnten in direkter Verhandlung mit den Arbeitgebern keine Verständigung über die Osterhöhe erreichen. Die Arbeitgeber weigerten sich, auf die Forderung der Arbeiter einzugehen, während die Arbeiter auf einer höheren Entlohnung bestanden. Auf Antrag der Arbeitgeber kam es am Mittwoch zu einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Wie Branchenleiter Krüger in einer starkbesuchten Verlammlung der Bauarbeiter und der Arbeiter in Betrieben für gelochte Bische am Donnerstag in der Bölow-Bräuerei berichtete, wurden kurz vor der Verhandlung die Betriebe für Gelbdruckfabrikation und auch einzelne Betriebe für Bauwerkerei von den Arbeitgebern geschlossen und die Arbeiter ausgesperrt.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Assessor Körner, versuchte zu vermitteln. Namens der Arbeitgeber gab Branchenleiter Krüger die Erklärung ab, zu einer Einigung bereit zu sein, wenn zeitgemäße Löhne bewilligt, die ausgesperrten Arbeiter vollständig wieder eingestellt werden und ihnen der Lohn für den Tag der Aussperrung bezahlt wird. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, kam der Schlichtungsausschuß einstimmig zu folgendem Spruch:

„Auf die tariflichen Löhne ist ab 1. Oktober in der ersten Gruppe ein Zuschlag von 23 M., ab 21. Oktober erneuert von 5 M. zu zahlen; die anderen Lohnsätze sind entsprechend zu erhöhen. Die Teuerungszulagen sind um 2 M. zu erhöhen.“

Die Arbeitgeber nahmen den Spruch an und erklärten sich bereit, über einzelne, durch den Spruch nicht hargestellten Punkte mit den Vertretern der Arbeiter noch direkt zu verhandeln. Die Krüger weiter berichtete, ist auf der Grundlage des Spruches eine volle Verständigung mit den Arbeitgebern erreicht worden. Sie haben auch der unbedingten Wiedereinstellung aller ausgesperrten bzw. streikenden Arbeiter und der Lohnzahlung für den Aussperrungstag zugestimmt.

Nach kurzer Aussprache wurden die Abmachungen von der Verlammlung gebilligt.

Demokratisierung der Behörden.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Ueber die Demokratisierung der Behörden ist schon sehr viel geredet und geschrieben worden. Es müßte nun eigentlich selbstverständlich sein, daß für die Befehlshaber neugewählter Beamtenstellen oder bei der Einweisung neugewählter republikanischer Beamter nur solche Bewerber zu berücksichtigen sind, deren republikanische Bestimmung einwandfrei feststeht. Daß dem nicht immer so ist, zeigt wieder ein Fall im Reichsministerium für die ehemalige Wehrmacht, das dem Reichsministerium des Innern unterstellt ist.“

In diesem Amte, mit dem sich die Öffentlichkeit schon des öfteren beschäftigt mußte, wurde erst dieser Tage wieder eine Persönlichkeit zum etatsmäßigen Beamten ernannt, die sich durch scharf reaktionäre und antirepublikanische Bestimmung hervorragend ausgezeichnet hat. Unter anderem bezeichnete er die republikanische Flaggentafel als Schandtafel. Diese Kräuherung und auch noch verschiedne andere recht abfällige Bemerkungen über die Republik und deren Einrichtungen sind dem Präsidenten des Amtes, dem Ministerialrat Herrn von Jacobi, wohl bekannt. Trotzdem hat er gegen diese Ernennung keinen Einspruch erhoben, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Soll das so weiter gehen?“

Maskerverband (Ensemblektion) Berlin. Für die Zeit vom 29. September 1922 bis 2. November 1922 sind die Löhne aller Gruppen im Maskengewerbe um 85 Proz. erhöht worden. Die Gruppe III (Salzmüll) (Zugbetrieb) Abzug um 100 Proz. Die Mitglieder erhalten diesen Nachtrag zum Preise von 2 M. an der Kasse.

Freiwillig für den tabakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. H. H. Berlin; Betrug Warnungs-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Bornharts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8

